

Datenzentrale
Baden-Württemberg



Jahresbericht
2010

40

Inhalt	
Vorwort	3
Kurzportrait	5
Geschäftsbereiche	
Das Ende der IT wie wir sie kannten Essay von Franz-Reinhard Habel, Berlin	6
Nationale Ziele beim eGovernment von Alexander Schaeff, Chefredakteur Kommune21	8
39 Jahre Zusammenarbeit DZBW und Programmprüfung der Gemeindeprüfungsanstalt von Prof. Klaus Notheis, Präsident	10
Cloud-Computing – Unsere Verfahren sind darauf ausgelegt	11
DZ-Kommunalmaster® Einwohner Das neue Verfahren für die Meldeämter nimmt Gestalt an	14
DZ-Kommunalmaster® Fahrzeug Volle Fahrt in die Zukunft	16
DZ-Kommunalmaster® WaffePlus Die Umsetzung der neuen EU-Waffenrichtlinie	18
DZ-Kommunalmaster® Smart Maßgeschneiderte Lösungen für Haushalts- und Rechnungswesen	20
Kooperation erfolgreich, Perspektiven zukunftsweisend Die EU-DLR als Erfolgsmodell länderübergreifender, technischer Kooperationen	22
Kommunale Doppik Projektberichte Dresden, Herne, Saarbrücken und Mannheim	24
Datenzentrale Baden-Württemberg auf der CeBIT 2011 Zahlreiche Kontakte, wertvolle Gespräche und prominenter Besuch	25
40 Jahre BAföG	26
Kunden	27

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Am 1. September 2011 wird die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) 40 Jahre alt. Aus Anlass dieses Jubiläums berichten wir in diesem Jahresbericht 2010 nicht nur über das abgelaufene Jahr, sondern blicken auch zurück auf die Entwicklung der kommunalen IT und betrachten die zukünftigen Herausforderungen.

In diesen Jahren feiern zahlreiche kommunale IT-Dienstleister ihr 40-jähriges Bestehen. Anfang der siebziger Jahre begannen die Kommunen mit dem verstärkten Einsatz von IT und kamen sehr schnell auf die Idee, sich zur interkommunalen Zusammenarbeit zusammen zu finden, um die Anwendung der neuen Technologien gemeinsam kostengünstiger zu gestalten. Viele auch heute noch existierende Zusammenschlüsse für kommunale Datenverarbeitung wurden damals in ganz Deutschland gegründet. Nicht alle davon haben ihr 40-jähriges Jubiläum erlebt, einige haben sich mangels Erfolg wieder aufgelöst, andere haben sich mit benachbarten IT-Dienstleistern zu stärkeren Einheiten zusammengefunden. In jedem Bundesland ging man seinerzeit andere Wege. In Baden-Württemberg erkannten das Land und die kommunalen Landesverbände sehr früh, dass es vorteilhaft wäre dafür zu sorgen, dass die Kommunen möglichst landeseinheitliche Verfahren einsetzen und nicht jeder das Rad neu erfindet. Aus diesem Grunde gründete man 1971 die DZBW und schuf entsprechende landesweite Gremien, in denen die Abstimmung über die Verfahrensentwicklung erfolgen sollte. Eine Anschubfinanzierung sorgte dafür, dass das Gebilde ins Laufen kam. Heute kann man feststellen, dass sich die Überlegungen der Gründerväter ausgezahlt haben. Kein anderes Bundesland hat einen dermaßen hohen Organisationsgrad der Kommunen in ihren Rechenzentren (ca. 95 %) und nirgends gibt es – allen Wettwerbern zum Trotz – eine so hohe Durchdringung mit einheitlichen Verfahren.

Die DZBW als Softwarehaus in diesem kommunalen Datenverarbeitungsverbund setzt auf innovative Lösungen und findet immer mehr Kunden auch in anderen Bundesländern. Dies ist auch wichtig, um im Bereich der Softwareentwicklung Skaleneffekte zu erzielen. Der Aufwand für die Entwicklung eines Programms (z. B. im Einwohnerwesen) ist unabhängig davon, wie viel Nutzer hinterher damit arbeiten. Nur durch eine hohe Nutzerzahl lassen sich attraktive Preise kalkulieren. Gab es Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre noch hunderte Verfahrenshersteller für einzelne Themenbereiche einschließlich zahlreicher Städte, die eigene Lösungen entwickelten, so kann man heute feststellen, dass die Zahl der Anbieter sich auf eine Handvoll nennenswerter reduziert hat.



Kein anderes Bundesland hat einen dermaßen hohen Organisationsgrad der Kommunen in ihren Rechenzentren.

Karl Tramer, Vorstandsvorsitzender

» Synergien stecken aber nicht nur darin, hohe Benutzerzahlen für einmal entwickelte Standardsoftware zu erzielen, sie schlagen sich genauso im Umfeld des Rechenzentrumsbetriebs nieder. Für den Betrieb und die Betreuung eines komplexen Fachverfahrens ist zunächst mal ein Grundaufwand erforderlich. Je mehr Kommunen diese Infrastruktur nutzen, desto kostengünstiger kann sie bereit gestellt werden. Heutzutage reden viele IT-Spezialisten über Cloud-Computing. Dies ist nichts anderes als Synergie im Betrieb zu Ende gedacht, nämlich einen IT-Service einer sehr großen Zahl von Anwendern zur Verfügung zu stellen. Dafür gibt es heutzutage die Web-Technologie, die es ermöglicht, IT-Services quasi aus der Steckdose zu beziehen. Sie alle kennen Cloud-Anwendungen wie eBay, Amazon oder Google, die Sie über das Netz nutzen, wann immer Sie den Bedarf dafür haben, ohne dass auf Ihrem Arbeitsplatzgerät irgendein technischer Aufwand dafür erforderlich wäre. Sie brauchen keine Programme zu installieren und zu pflegen, sondern beziehen sie beim Aufruf direkt über das Netz. „Software as a Service“ heißt diese Spielart von Cloud-Computing. Übersetzt in die kommunale Welt propagiert die DZBW ihre Fachverfahren „as a Service“. Wir sind überzeugt davon, dass das Outsourcing von Fachverfahren (das Thema, mit dem die Regionalen Rechenzentren groß geworden sind) durch die Möglichkeiten der neuen Web-Technologien zusätzliche Strahlkraft entwickeln wird, denn niemand hat heutzutage Geld zu verschenken. Die DZBW schaut nicht nur 40 Jahre zurück. Sie war immer darauf spezialisiert, rechenzentrums-taugliche Anwendungen zu entwickeln. Sie schaut auch in die Zukunft und nutzt ihre Kernkompetenz nun in den neuen Technologien. Unsere neue Fachverfahrensgeneration ist Cloud-fähig, d. h. sie kann über Web-Technologie an den Kunden gebracht werden, ohne aufwändige Vorortinstallationen. Netzanschluss und Browser – zunehmend auch Smartphones – reichen völlig aus.

An dieser Stelle möchten wir uns bei unseren Kunden bedanken, die uns 40 Jahre lang die Treue gehalten haben, aber auch bei unseren Neukunden, die erst in den letzten Jahren zu uns gefunden haben, für Ihr Vertrauen in unsere Lösungen.

Der Dank gilt gleichermaßen unseren Gremien für die konstruktive Begleitung unseres Tuns, wie unseren Mitarbeitern, ohne deren Engagement wir das Wachstumstempo der letzten Jahre nicht hätten schaffen können.

Blicken wir zuversichtlich in eine spannende Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen



Karl Tramer
Vorstandsvorsitzender

Kurzportrait

Datenzentrale Baden-Württemberg

Die Datenzentrale Baden-Württemberg entwickelt und pflegt Fachanwendungen für Kommunen und stimmt ihre Entwicklungen in den Gremien des Datenverarbeitungsverbundes Baden-Württemberg inhaltlich ab. Darüber hinaus berät sie andere Institutionen in Fragen der IT und übernimmt Entwicklungsaufträge.

Gründung

1. September 1971

Sitz

70469 Stuttgart
Krailenshaldenstraße 44

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Organe

Verwaltungsrat: 22 Mitglieder
Vorsitzender: Gunter Czisch
Erster Bürgermeister der Stadt Ulm

Vorstand

Karl Tramer (Vorsitzender)
Harald Schätzle

DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs-GmbH

Die Vertriebsgesellschaft vermarktet Agenturprodukte in Baden-Württemberg und die Produkte der Datenzentrale Baden-Württemberg in anderen Bundesländern.

Gründung

30. Juni 1998

Sitz

70469 Stuttgart
Krailenshaldenstraße 44

Rechtsform

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Organe

Gesellschafterversammlung
Vorsitzender: Gunter Czisch
Erster Bürgermeister der Stadt Ulm

Geschäftsführer

Karl Tramer (Vorsitzender)
Harald Schätzle

Bundesweit eines der führenden Softwareentwicklungs- und Beratungsunternehmen für die öffentliche Verwaltung.

Das Ende der IT wie wir sie kannten

Essay von Franz-Reinhard Habel, Berlin
Sprecher des deutschen Städte- und Gemeindebundes

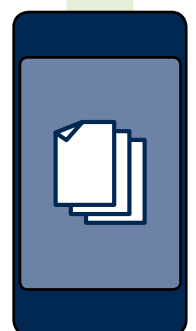
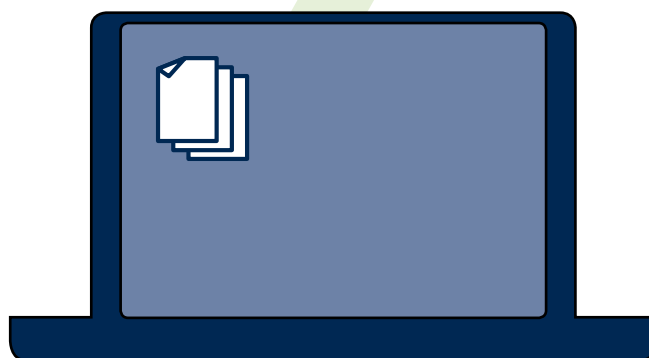
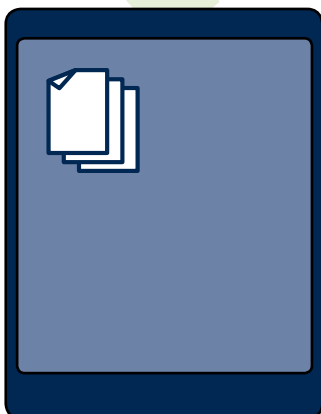
**Flug LH 2995 Moskau – Berlin Anfang Mai 2011. Eine geschlossene Wolken-
decke zeigt sich unterhalb des Flug-
zeuges. Die Reiseflughöhe ist erreicht.
Eine gute Gelegenheit, einen Beitrag für
den Jahresbericht der Datenzentrale
Baden-Württemberg (DZBW) zu schreiben.
Zeigt sich hier am Himmel der virtuelle
Datenraum des Cloud-Computing – auch
noch über einem anderen Land als
Deutschland? Es ist nichts zu sehen außer
der Imagination, die Wolken seien voller
Daten. Ist das die Zukunft der Informa-
tionsverarbeitung? Vieles spricht dafür.
Es sind zwei Megatrends, die im neuen
Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts einen
weiteren Paradigmenwechsel in der Infor-
mationstechnologie einleiten. Sie heißen
Cloud-Computing und Internet-App.**

Seit Jahrzehnten gilt ein Gesetz, dass auf neue Software stets neue Hardware folgt und umgekehrt. Die Zahl der Rechner auch in den Behörden hat ständig zugenommen. Sie ist Legion. Überall befinden sich Desktop-Maschinen oder Server. Mit Cloud-Computing beginnt nun eine neue Ära der Dematerialisierung. IT-Infrastruktur, Software und Anwendungen ziehen ab aus den

Büros und manifestieren sich in den Wolken. Auf der Erde stehen an ausgewählten hochgesicherten Orten ganze Serverfarmen, die diese Wolken erzeugen und am Leben erhalten. Plötzlich braucht Verwaltung keine datentechnische Verortung mehr. Sie kann künftig dort stattfinden, wo sich die Menschen mit ihren Problemen und Herausforderungen aufhalten. Das bedeutet mehr Flexibilität bei der Wahrnehmung der Aufgaben. Öffentliche Dienstleistungen können künftig dort erbracht werden, wo sie auch wirklich benötigt werden. Die Verwaltung von Morgen wird eine themenorientierte Verwaltung sein, die nicht die einzelne Aufgabe eines Amtes oder Abteilung in den Vordergrund stellt, sondern die Ganzheitlichkeit der Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger. Hieraus erwachsen in den nächsten Jahren Special-Clouds wie Clouds für Bildung, für Gesundheit, für Mobilität oder für Energieversorgung. Alle Clouds bilden eine sogenannte Cloud-Föderation und schaffen hohe Synergieeffekte. Mehrere Kommunen werden sich die Clouds teilen. In der Bildungscloud werden alle Akteure vom Schüler, Lehrer, Schulträger, Lehrbuchverlag, Medienlieferant, Nachhilfelehrer usw. zusammenarbeiten und auf Basisinfrastrukturen und

Daten zurückgreifen können. Ganze Ökosysteme werden hier entstehen. Mit diesen Clouds korrespondieren die Apps im Internet. Nicht mehr der Browser wird die Startrampe in die virtuelle Welt sein, sondern das App-Internet erlaubt es dem Nutzer, durch Apps komfortabel an Informationen zu gelangen und zu kommunizieren. Solche Apps sind bereits heutzutage weit verbreitet auf Smartphones und Tablet-PCs. Mehr als 750 Millionen Downloads gab es allein im App-Store im Jahre 2010 allein in Deutschland. Allerdings war nur eine verschwindend geringe Anzahl davon Government Services. Das wird sich allerdings in den nächsten Jahren rasant ändern.

Für die kommunalen Rechenzentren bedeutet diese Entwicklung zum Cloud-Computing und zum App-Internet eine gewaltige Herausforderung. In Teilbereichen müssen sie sich neu erfinden, denn als geborene IT-Dienstleister sind sie der natürliche Partner der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger für diese neue Aufgabe. Gerade die kommunalen Rechenzentren haben das Vertrauen der Politik und der Verwaltung. Das ist auch notwendig, denn Cloud-Computing ist eine heikle Sache. Die Systeme müssen sicher



sein, es darf keine Ausfälle geben. Notstromaggregate reichen hier nicht aus. Vermutlich müssen ganze Rechenzentren gespiegelt werden. Hier wird sich ein eigener Markt von Recovery-Centern entwickeln. Mit Cloud-Computing sind nicht nur technische, sondern in erster Linie rechtliche Fragen verbunden. Wer ist Herr der Daten? Wie sicher sind sie? Wer hat Zugang? Wie hoch ist die jederzeitige Verfügbarkeit? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gelten und wo befindet sich die Wolke? Liegt sie über Deutschland oder einem anderen Staat? Experten arbeiten mit Hochdruck an diesen Fragen. Dass das Misstrauen in Cloud-Computing eher wächst als zurückgeht, zeigen Datenskandale insbesondere in Großunternehmen, die immer wieder auftauchen. Die kommunalen Rechenzentren haben durch ihre räumliche Zuordnung in der Kommune hier ein großes Plus. Sie genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, der Politik und der Verwaltung. Die Menschen wollen Überschaubarkeit und Mitwirkung. Das gilt auch für ihre Daten. Cloud-Computing wird ohne die Mitwirkung kommunaler Rechenzentren nicht funktionieren. Wenn sie nicht selbst als Anbieter auftreten, bilden sie zumindest die Brücke

zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der IT-Wirtschaft.

Diese neue Rolle und die damit verbundene Verantwortung werden die kommunalen IT-Dienstleister aber nur dann wahrnehmen bzw. tragen können, wenn sie von der politisch-administrativen Verwaltungsführung stärker wertgeschätzt werden. Ohne IT geht heute nichts mehr. IT ist längst eine strategische Aufgabe. Deshalb müssen die Führungskräfte der Rechenzentren im Rathaus mit am Tisch sitzen und auf Augenhöhe mit dem Bürgermeister die Aufgaben der jeweiligen Kommune umsetzen.

Cloud-Computing setzt auch eine hohe Bereitschaft zur Kooperation und Kollaboration voraus. Die DZBW ist hier gut aufgestellt. Sie zählt zu den besten und leistungsstärksten kommunalen Lösungsanbietern in Deutschland. Vielleicht gelingt es ihr, mit ihren Software as a Service (SaaS)-Lösungen ein Cloud-Computing-Competence-Center für Deutschlands Kommunen zu werden. „CCCC-DZBW“ würde dann auf der Wolke stehen, die ich gerade kurz vor dem Landeanflug auf Berlin am Horizont sehe.



Nicht mehr der Browser wird die Startrampe in die virtuelle Welt sein, sondern das App-Internet.

Franz-Reinhard Habel



Nationale Ziele beim eGovernment

von Alexander Schaeff, Chefredakteur Kommune21

Mit der ersten Nationalen eGovernment-Strategie sollen die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung erhöht und ein Zusammenwirken über Behördengrenzen hinweg ermöglicht werden. Verabschiedet wurde das Papier vom IT-Planungsrat, der die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der IT steuert. Den Vorsitz in dem neuen Gremium in diesem Jahr hat Baden-Württemberg.

Deutschland hat sich bei der IT-gestützten Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ehrgeizige Ziele gesetzt: Im Jahr 2015 erreicht das deutsche eGovernment einen europäischen Spitzenplatz, heißt es in der ersten Nationalen eGovernment-Strategie, die der IT-Planungsrat am 24. September 2010 beschlossen hat. In dem Papier wird eGovernment als Beitrag zur Bewältigung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und technologischer Herausforderungen – wie Globalisierung, demografischer Wandel, Entwicklung zur Informations- und Wissensgesellschaft und selbst Klimawandel – begriffen.

eGovernment soll insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung erhöhen sowie ein Zusammenwirken über Behördengrenzen hinweg ermöglichen. Es gelte, über Gebietskörperschaften hinweg die Dienstleistungsmentalität zu fördern und Bürokratie abzubauen, heißt es in dem Papier. Ausdrücklich wird betont, dass die Nationale eGovernment-Strategie auf den Grundsätzen des Föderalismus, der Gewaltenteilung und der kommunalen Selbstverwaltung basiert. Da an vielen Verwaltungsverfahren mehrere Behörden beteiligt sind, müssten Regelungen für eine ebenenübergreifende Zusammenarbeit geschaffen werden.

Damit Deutschland beim eGovernment künftig in der Champions League mitspielen

kann, hat der IT-Planungsrat übergeordnete Ziele und die entsprechenden Handlungsfelder definiert. Die wichtigsten sind:

Orientierung am Nutzen für Bürger, Unternehmen und Verwaltung

Allen potenziellen Nutzern eines Dienstes wird der Zugang dazu ermöglicht. Voraussetzung dafür ist eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Breitband-Internet. Zudem werden eGovernment-Angebote auch für mobile Geräte entwickelt, um den Kontakt zu den Behörden zu erleichtern. Alle elektronischen Verwaltungsservices werden soweit wie möglich barrierefrei gestaltet. Außerdem vernetzen Bund, Länder und Kommunen ihre Dienstleistungen im Internet so, dass Bürger und Unternehmen sie ungeachtet der Zuständigkeit nutzen können. Im Sinne eines One Stop Government wenden sich Bürger und Unternehmen über einen Ansprechpartner an die Verwaltung, der sie in den unterschiedlichsten Fällen unterstützt. Vorbild ist hier der „Einheitliche Ansprechpartner“ gemäß EU-Dienstleistungsrichtlinie. Verwaltungsportale werden personalisierbar gestaltet, sodass sich die Nutzer individuelle Angebote zusammenstellen können. Alle geeigneten Verwaltungsangelegenheiten können über das Internet abschließend erledigt werden. Dazu werden die elektronische und die papiergebundene Kommunikation rechtlich gleichgestellt. Wo immer möglich wird das Schriftformerfordernis abgeschafft.

Wirtschaftlichkeit und Effizienz

Verwaltungsabläufe werden so modelliert, dass ebenenübergreifende Prozesse gestaltet werden können. Geplant ist die Förderung eines Modellprojektes, welches geeignete Methoden für das Prozess-

Management identifiziert und beispielhafte Referenzprozesse entwickelt. Bund und Länder schaffen zudem die Voraussetzungen für eine verpflichtende Nutzung elektronischer Verfahren. Dazu werden geeignete Verwaltungsabläufe ermittelt und priorisiert. Auch die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen findet mit IT-Unterstützung statt. Der IT-Planungsrat definiert dazu fachübergreifende Interoperabilitäts- und Sicherheitsstandards, die den sicheren Austausch digitaler Akten und Dokumente ermöglichen, und baut eine IT-Plattform für die Zusammenarbeit von Ämtern und Behörden in einer sicheren Umgebung auf.

Transparenz, Datenschutz und Datensicherheit

Beim eGovernment gelten die Prinzipien der Datensparsamkeit und Datensicherheit. Es werden also nur diejenigen Daten erhoben, die für die Erfüllung der jeweiligen Verwaltungsaufgabe benötigt werden. Und die Bürger erhalten Einsicht in die Verarbeitung ihrer Daten. Informationen aus Politik und Verwaltung, die für Bürger, Unternehmen und die Verwaltung wichtig oder wirtschaftlich nutzbar sind, werden für die Zielgruppe aufbereitet und – gegebenenfalls kostenpflichtig – zur Verfügung gestellt. Ausgangsbasis dafür sind die Portale von Bund, Ländern und Kommunen.

Gesellschaftliche Teilhabe

Bund, Länder und Kommunen bieten abgestimmte technische Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgern oder Unternehmen an der politischen Meinungsbildung oder der Gestaltung von Planungs- und Entscheidungsprozessen an. Die Wirkung der Teilhabe der Bürger und Unternehmen wird sichtbar.

Dass in Deutschland erstmals eine gemeinsame eGovernment-Strategie von Bund, Ländern und Kommunen vorliegt, ist ein Verdienst des IT-Planungsrates, der ein halbes Jahr nach der ersten Sitzung im April 2010 ein konsensfähiges Papier formulierte und verabschiedete. Das neue Gremium ist Ergebnis einer Verfassungsänderung. Im Zuge der Föderalismusreform II wurden Regelungen über die IT-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung in das Grundgesetz aufgenommen. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Informationstechnik ist nun in Artikel 91 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich geregelt. Zudem wurde ein neues System der IT-Steuerung von Bund und Ländern eingerichtet.

Am 1. April 2010 trat der entsprechende IT-Staatsvertrag in Kraft. Darin ist festgelegt, dass der IT-Planungsrat als zentrale Steuerungsinanz die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der IT koordiniert, IT-Interoperabilitäts- und -Sicherheitsstandards beschließt sowie eGovernment-Projekte steuert. Der IT-Planungsrat löste den Arbeitskreis der eGovernment-Staatssekretäre und den Kooperationsausschuss Automatisierte Datenverarbeitung Bund/ Länder/Kommunaler Bereich (KoopA ADV) ab. Der Bund ist im IT-Planungsrat durch die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik vertreten. Die Mitglieder der Länder sind in der Regel die für IT zuständigen Staatssekretäre. Darüber hinaus nehmen drei Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit beratend teil, die Kommunen haben also kein Stimmrecht. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen Bund und Ländern. Der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière kommentierte die Regelungen so:

„Der IT-Staatsvertrag bringt Bund, Länder und Kommunen in einem gemeinsamen Steuerungsgremium an einen Tisch. Die Informationstechnik bekommt somit eine einheitliche Stimme und damit auch deutlich mehr Gewicht in der politischen und fachlichen Diskussion.“

Der Anstoß für die Nationale eGovernment-Strategie wurde 2008 gegeben, 2010 erfolgte der Beschluss. Nun soll das Tempo erhöht werden. Eine vom IT-Planungsrat eingesetzte befristete Kooperationsgruppe erarbeitet derzeit eine Umsetzungsplanung sowie ein Finanzierungs- und Controlling-Konzept. Ein Schwerpunkt, so heißt es aus der Geschäftsstelle des IT-Planungsrates, ist der Aufbau einer serviceorientierten, föderalen IT-Infrastruktur. Beschlossen werden soll der Umsetzungsplan auf der übernächsten Sitzung des IT-Planungsrates am 13. Oktober 2011.

Das Gremium wird in diesem Jahr von Baden-Württemberg geführt

Der derzeitige Vorsitzende des IT-Planungsrates Ministerialdirektor Dr. Herbert O. Zinell vom Innenministerium Baden-Württemberg (früher Mitglied des Verwaltungsrates der DZBW und Verbandsvorsitzender der Kommunalen Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm) erklärte: „Es zeigt sich zunehmend in allen Fachbereichen, dass die Verwaltungsverfahren und -entscheidungen mehr Teilhabe erfordern. Die Bürgerinnen und Bürger wollen einbezogen werden. Darauf muss sich der Staat einstellen. Der IT-Planungsrat kann hier mit Mitteln des eGovernment und des Internets einen wichtigen Beitrag leisten.“



Im Jahr 2015 erreicht das deutsche eGovernment einen europäischen Spitzenplatz.

Alexander Schaeff



Datenzentrale Baden-Württemberg und Programmprüfung der Gemeindeprüfungsanstalt

39 Jahre Zusammenarbeit

von Prof. Klaus Notheis, Präsident

Bereits ein Jahr nach Gründung der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) ist die Programmprüfung in Baden-Württemberg eingeführt und der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) übertragen worden. Die Kommunen wurden dadurch verpflichtet, der überörtlichen Prüfungseinrichtung Gelegenheit zu geben, die im Finanzwesen eingesetzten Programme zu prüfen. Zu dieser Zeit war die DZBW der einzige Anbieter von ADV-Verfahren für die kommunale Welt. 1983 wurde die Programmprüfung zur Pflichtprüfung in alleiniger Zuständigkeit der GPA. So wurde das Verfahren Personalwesen von den Anfängen Mitte der siebziger Jahre bis zur Ablösung in der jüngsten Vergangenheit einer ständigen Qualitätskontrolle unterworfen. Wegen der steigenden Verbreitung von autonomen Programmen wurde 1992 die Zuständigkeit der GPA auf die von der DZBW bzw. den Regionalen Rechenzentren angebotenen Programme beschränkt. Für die Prüfung der übrigen (autonomen) Programme waren die Kommunen selbst zuständig.

Seit 2006 ist die GPA wiederum allein für die Programmprüfung verantwortlich. Durch diese Zuständigkeitsbündelung ist nunmehr wieder eine gleichmäßige Prüfungspraxis, ein einheitlicher Gesetzesvollzug sowie die Wettbewerbsgleichheit zwischen den Programm Anbietern erreicht worden. Mit der Zusammenführung der Zuständigkeit war eine grundlegende Neuausrichtung der Programmprüfung verbunden, die auch aufgrund der technischen Entwicklung im Sinne

einer Flexibilisierung der Software (sog. Customizing) geboten war. Die Prüfung konzentriert sich jetzt auf die finanzwirtschaftlichen Programme von erheblicher finanzwirtschaftlicher Bedeutung und den damit verbundenen zentralen Finanzvorgängen (einheitliche Kernprozesse). Die Programmprüfung in Baden-Württemberg hat seit 1972 die Aufgabe, die Ordnungsmäßigkeit der eingesetzten Programme zu beurteilen und bei festgestellten Programmfehlern und –schwächen deren Ausräumung zu veranlassen. Durch eine „vor die Klammer gezogene“ einmalige Prüfung der vom Anwender nicht veränderbaren Programmstrukturen treten erhebliche Synergieeffekte ein, da auf eine Vielzahl von wiederholten Ergebniskontrollen bei der jeweiligen Kommune verzichtet werden kann. Im Rahmen der sogenannten begleitenden Prüfung wird die GPA bereits im Vorfeld von wichtigen Änderungen in Entscheidungsprozesse bei der DZBW eingebunden und kann so unmittelbar an der rasanten Entwicklung der Datenverarbeitung mitwirken.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DZBW und der GPA arbeiten sowohl bei der Prüfung der Verfahren als auch bei der begleitenden Prüfung intensiv und konstruktiv zusammen. Ein von der GPA erstelltes Programmprüfungstestat und das damit verbundene und im Prüfungsvermerk festgestellte Prüfungsergebnis, stellt ein wesentliches Qualitätsmerkmal für in Baden-Württemberg eingesetzte (kommunale) Finanzsoftware dar.



Ein von der GPA erstelltes Programmprüfungstestat und das damit verbundene und im Prüfungsvermerk festgestellte Prüfungsergebnis, stellt ein wesentliches Qualitätsmerkmal für in Baden-Württemberg eingesetzte (kommunale) Finanzsoftware dar.

Prof. Klaus Notheis

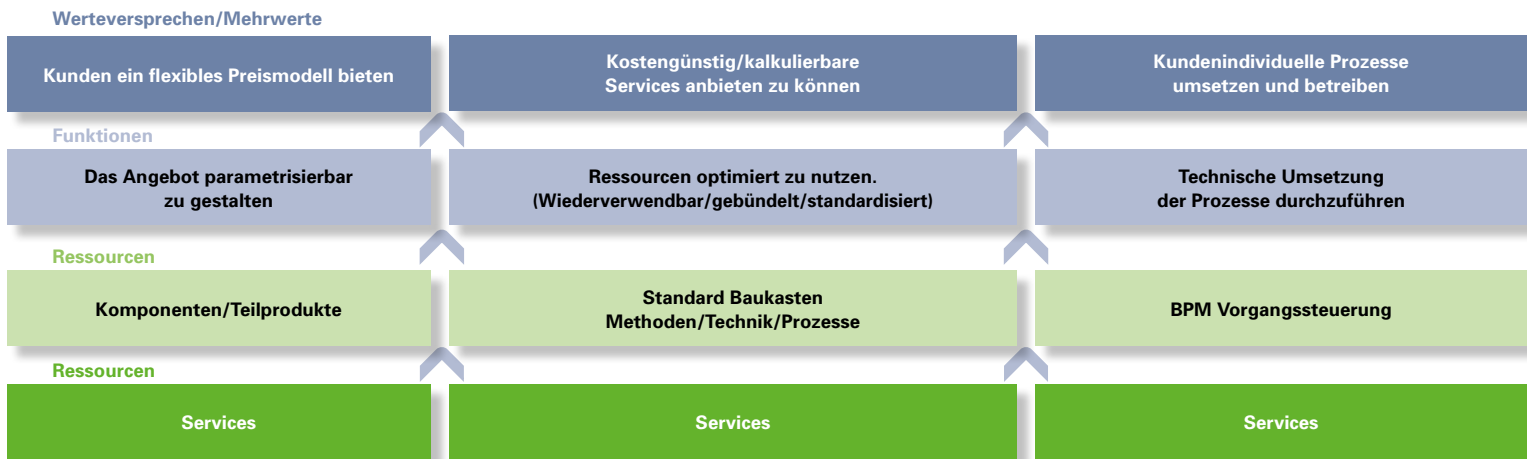


Cloud-Computing

Unsere Verfahren sind darauf ausgelegt

Neue Technologien ermöglichen neue Lösungen.

Früher stand bei Softwareentwicklung das Fachverfahren und die einzeln zu erledigende Aufgabe im Vordergrund. Letztlich entstanden dadurch „Insellösungen“, die nur schwer geeignet waren, übergreifende Geschäftsprozesse abzudecken. Services für eine Mehrfachverwendung zu generieren stand nicht im Vordergrund. Heute ist die Anforderung da, übergreifende Prozesse abzubilden. >>

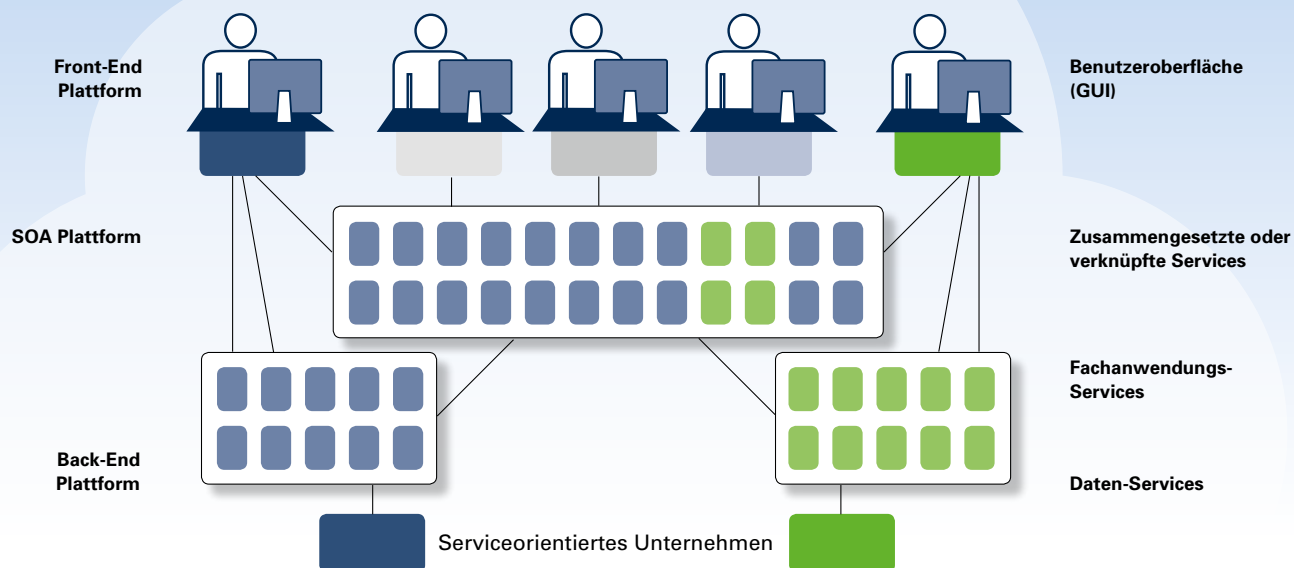


Diese Darstellung zeigt vereinfacht auf, in welcher Weise diese Kundenanforderungen von einer serviceorientierten Architektur abhängen.





Cloud-Computing



Durch eine Optimierung von Dienstleistungsprozessen entlang den Lebenslagen eines Kunden bzw. Bürgers sieht man heute die Chance, Kosten zu sparen und die Effizienz zu erhöhen. Neben dem Ziel, dem Kunden kostengünstig und kalkulierbar Dienste anbieten zu können, müssen die Angebote zukünftig auch kundenindividuell skalierbar sein.

Flexible Preismodelle, wie „Pay per Use“ müssen ermöglicht werden. Dies kommt dem verstärkten Engagement von Städten und Gemeinden im Bereich der automatisierten Prozessgestaltung entgegen.

Die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) als Softwareentwicklungshaus bietet nahezu alle A-Produkte einer Kommune an und hat sehr frühzeitig die Entscheidung getroffen, das Gesamtproduktportfolio auf eine serviceorientierte Architektur unter Java neu auszurichten.

Für alle Neuentwicklungen der DZBW gilt, dass die gesamte Fachlogik einer Anwendung über Komponenten bzw. Einzelservices umgesetzt wird. Mit jeder Neuentwicklung steigt nicht nur die Anzahl der Services, sondern Neuentwicklungen können auch auf bestehende Funktionalitäten zurück greifen. Die Fachverfahren sind darauf ausgelegt, einzelne Geschäftsprozesse für beliebige Prozessabläufe zur Verfügung zu stellen. Ein Enterprise Service Bus als Infrastrukturkomponente, der diese Abläufe auch technologisch unterstützt, wird bei allen Neuentwicklungen eingebunden.

Drei weitere Neuentwicklungen in den Fachgebieten sind unter diesen Grundsätzen aufgesetzt und werden bis Ende 2012 abgeschlossen:

- Einwohnermeldewesen „KM-Ewo“
- Kraftfahrzeugzulassung „KM-Fahrzeug“
- Waffenwesen „KM-WaffePlus“

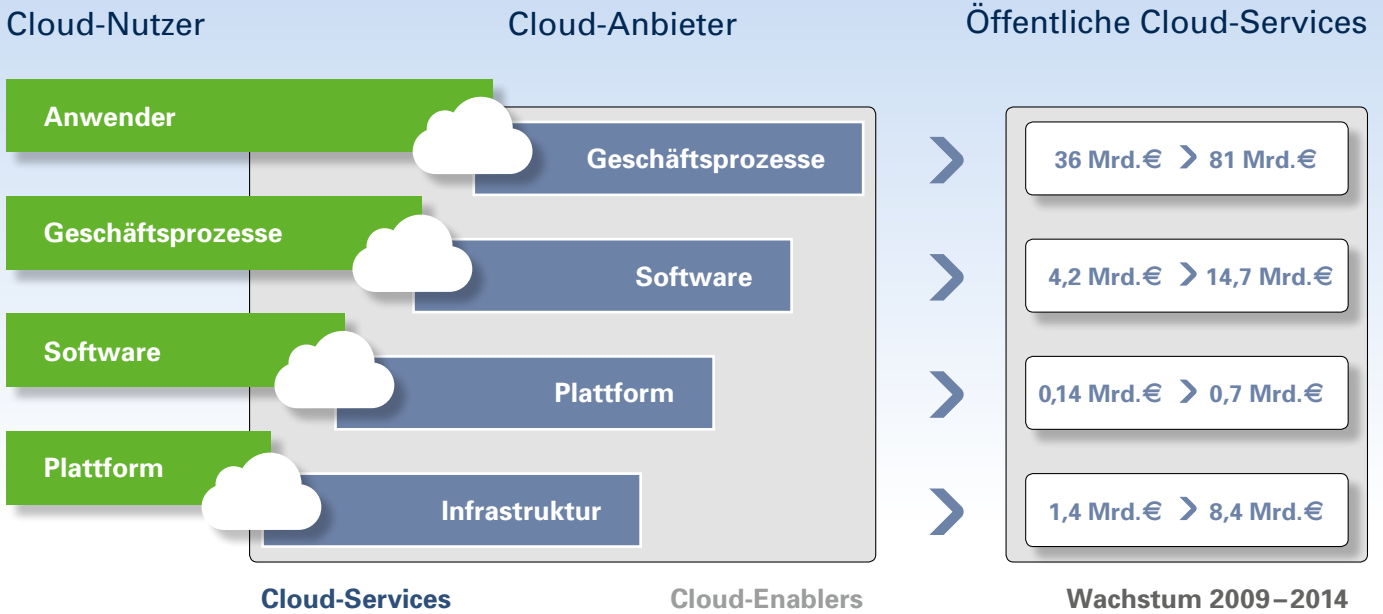
Mit dem Abschluss der Projekte und den bereits umgesetzten Verfahren steht ein Service-Portfolio zur Verfügung, mit dem die kritische Masse an wiederverwendbaren Services erreicht ist. Damit kann automatisierte Prozessgestaltung und übergreifendes eGovernment bis zur Einbindung der Back-End-Verfahren angegangen werden.

Dieser Mehrwert wird noch durch die Unterstützung des Betriebsmodells Cloud-Computing verstärkt.

Eine Cloud wird durch folgende Kriterien definiert:

- Servicebasiert
- Nutzung standardisierte Ressourcen
- Abrechnung nach Nutzung
- Hohe Skalierbarkeit, On Demand
- Service steht über ein Netzwerk zur Verfügung

Der Entwicklungsansatz der DZBW unterstützt alle diese Kriterien. Deshalb sagen wir auch, dass unsere Software heute schon



Quelle: Gartner

SaaS (Software as a Service) umsetzt. Es ist ein faszinierender Ansatz, dass Kunden zukünftig nur noch über Webangebote eines Cloud-Dienstleisters Services oder ganze Fachverfahren nutzen können.

Der Kunde kann sehr flexibel reagieren und sich außerdem über attraktive Preise freuen, weil er nur noch das bezahlt, was er wirklich nutzt. Dies setzt natürlich voraus, dass die Service-Anbieter große Fallzahlen erreichen (technisch möglich durch Mandantenfähigkeit) und dass die technische Komplexität reduziert ist (kein Installationsaufwand vor Ort beim Endkunden).

Nicht umsonst prognostizieren Analysten wie Gartner den einzelnen Cloud-Modellen hohe Wachstumsraten. Bereits heute generieren Firmen wie Amazon, Google oder der Pionier Salesforce Milliardenumsätze.

Die Analysten stufen das Cloud-Computing als nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung ein. Die Kostenvorteile, enorme Flexibilität und ein sehr vereinfachtes Management der

IT, basierend auf Standards, werden den IT-Markt mittelfristig stark verändern. Man spricht von einem Einsparpotenzial von bis zu 70 % für die Betreuung der Anwendungen. Die öffentliche Verwaltung könnte dabei ein Treiber der Cloud sein. Das Vertrauen, dass z. B. Kommunale IT-Dienstleister gesetzeskonform mit den Daten und Prozessen umgehen, findet eine breite Basis in der Bevölkerung. Die Fachverfahren der DZBW sind dafür ausgelegt.

Das bedeutet, Endkunden haben folgende Vorteile:

- > Hohe Individualität durch flexible, dynamische, wiederverwendbare Komponentendienste
- > Wiedererkennungswerte durch Nutzung derselben Komponente in verschiedenen Verfahren
- > Bedarfsorientierte Zusammenstellung der Services
- > Aktualisierung von Applikationen ohne Störung des laufenden Betriebs, statt Aufspielen neuer Releases in Rollouts

- > Prozess- und Kostentransparenz durch die Gewinnung von Kennzahlen für Einzelprozesse
- > Unterstützung neuer Preismodelle

Aus Sicht der Betreiber, der Cloud-Dienstleister, ergeben sich folgende Vorteile:

- > Fachverfahren, die auf skalierbaren Infrastrukturen betrieben werden können
- > Administration von zentralen Basis-komponenten für mehrere Verfahren
- > Personalressourcen können organisationsübergreifend eingesetzt werden, um den Anwendungsbetrieb schneller, flexibler, wartungsfreundlicher zu gestalten
- > Durchgängige Mandantenfähigkeit aller Anwendungen

Diese Vorteile sind auch dann gegeben, wenn der Betrieb aufgrund der Schutzwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Daten über eine Private Cloud abgedeckt wird, also in einem geschlossenen Netz, das nur einer bestimmten Benutzergruppe zur Verfügung steht und nicht der Allgemeinheit.

DZ-Kommunalmaster® Einwohner

Das neue Verfahren für die Meldeämter nimmt Gestalt an

Wie bereits im Jahresbericht 2009 erwähnt, arbeitet die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) mit Hochdruck an der Modernisierung ihres bisherigen Einwohner-Informationssystems LEWIS. Das modernisierte Einwohnerwesen wird unter dem Namen KM-Ewo angeboten.

Zwischenzeitlich wurde die Entwicklung soweit vorangetrieben, dass bereits zahlreiche Geschäftsprozesse sowohl bezüglich der Neugestaltung der Oberflächen als auch der notwendigen Hintergrundaktivitäten und zentraler, wiederverwendbarer Komponenten vorliegen. Die Reaktionen der an der Entwicklung beteiligten Kommunen und der Rechenzentren des Datenverarbeitungsverbundes Baden-Württemberg (DVV) sind durchweg positiv. Die bisher vorgestellten

Kernprozesse konnten in einem Zustand nahe der Produktionsreife vorgestellt werden. Die qualitative Überprüfung der Ergebnisse der Entwicklung in regelmäßigen Zyklen durch die Endanwender garantiert den positiven Entwicklungsfortschritt und die Praxistauglichkeit der erstellten Software.

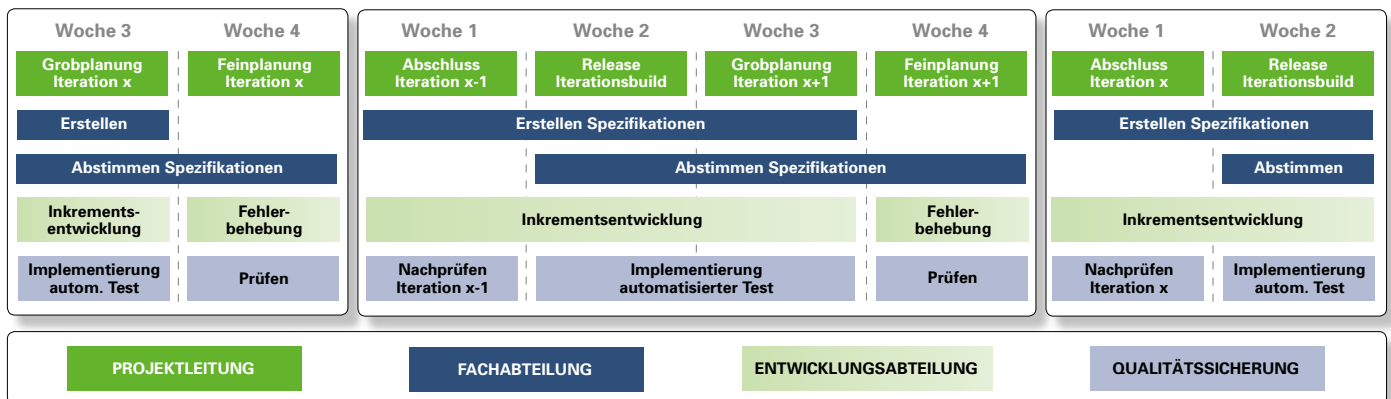
Um den Projektfortschritt zu beschleunigen, werden die fachlichen Anforderungen zwischenzeitlich durch zwei Spezifikationsteams erstellt und das Vorgehen bei der Entwicklung wurde auf kurze 4-wöchige Iterationen umgestellt. Jede dieser Iterationen beinhaltet sowohl für die Fach- als auch die Entwicklungsteams die Zieldefinition, die Umsetzung und die Überwachung der Zielerreichung. Daneben werden auch zentrale Themen wie die Umspeicherung der Einwohner- und der

Gemeindedaten, das Druckkonzept, die Berechtigungsverwaltung und die Auswertungen parallel vorangetrieben.

Da sich die rechtlichen Anforderungen an die Software der Einwohnermeldeämter ständig fortentwickeln, reagiert auch das Projekt KM-Ewo laufend auf diese.

So wird beispielsweise der bereits aus LEWIS bekannte und bewährte Nachrichtenaustausch zwischen den Meldebehörden über den Standard OSCI-XML auch auf andere Behörden ausgeweitet. Zukünftig wird KM-Ewo auch mit den Standesämtern und den Ausländerbehörden über die Standards XPersonenstand und XAusländer kommunizieren. Damit und mit der Anbindung an ein Dokumenten Management

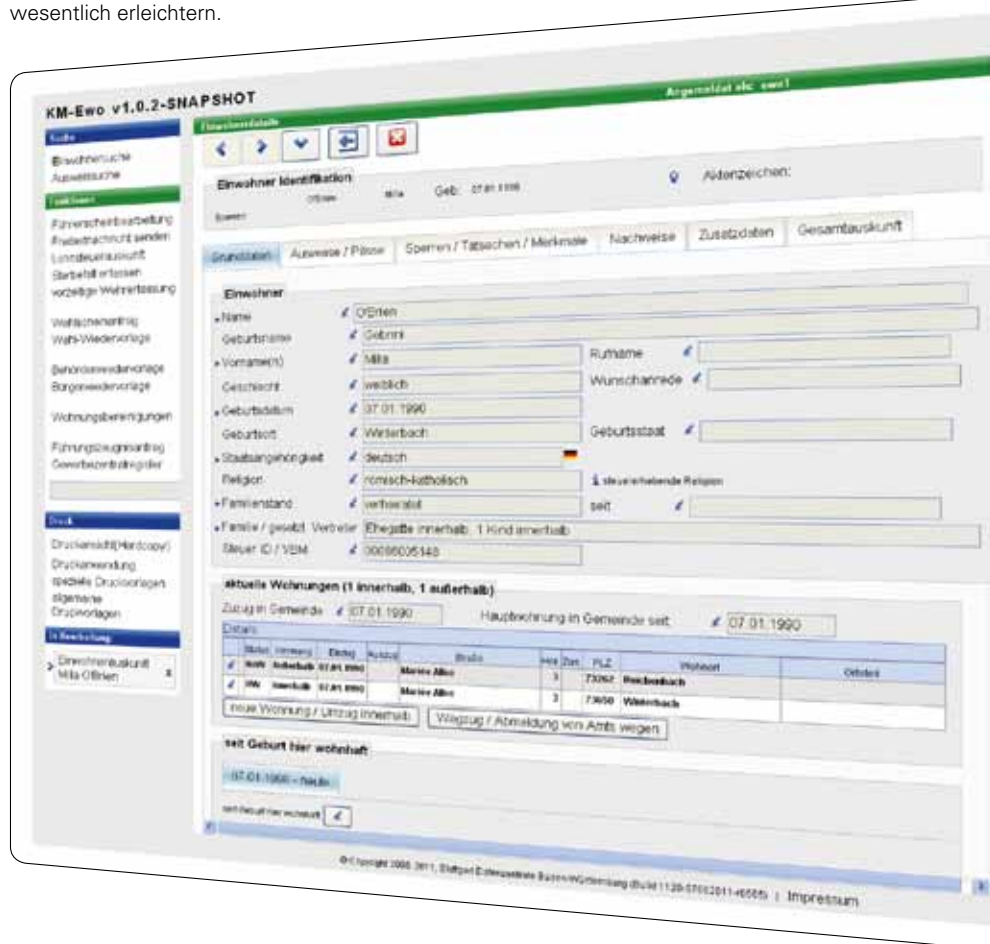




System wird ein weiterer großer Schritt in Richtung des papierlosen Einwohnermeldeamts vollzogen. Der Entwurf eines neuen Bundesmeldegesetzes vereinfacht die Entwicklung und den Einsatz des Verfahrens KM-Ewo auch über die Grenzen des DVV hinaus, da die unterschiedlichen Landesmeldegesetze in weiten Teilen obsolet werden.

Der für das Jahr 2012 geplante Rollout der ersten Stufe des Verfahrens im Umfang des Kernmelderegisters und der zugehörigen Teilverfahren wird den Einwohnermeldeämtern eine qualitativ hochwertige Software zur Verfügung stellen und damit die tägliche Bearbeitung von Vorgängen im Meldeamt und den partizipierenden Fachverfahren wesentlich erleichtern.

Auch verfahrensübergreifende Anforderungen werden bereits seit Beginn der Entwicklung von KM-Ewo berücksichtigt. Mit Einführung der Kommunalen Doppik rücken die Produkte der einzelnen Fachverfahren als Ergebnis des Verwaltungshandelns immer stärker in den Vordergrund. Dazu werden im KM-Ewo sämtliche im Einwohnermeldeamt erbrachten Leistungen protokolliert, um diese jederzeit an die Finanzverfahren weiterleiten zu können.





Dynamische Priorisierung von Aufgaben



DZ-Kommunalmaster® Fahrzeug

Volle Fahrt in die Zukunft

Stabilität, Qualität, Performance, optimale Geschäftsprozesse

Nach dem Startschuss für eine Neuentwicklung unserer KFZ-Zulassungssoftware im Jahr 2010 ist die Realisierung von „KM-Fahrzeug“ in vollem Gange.

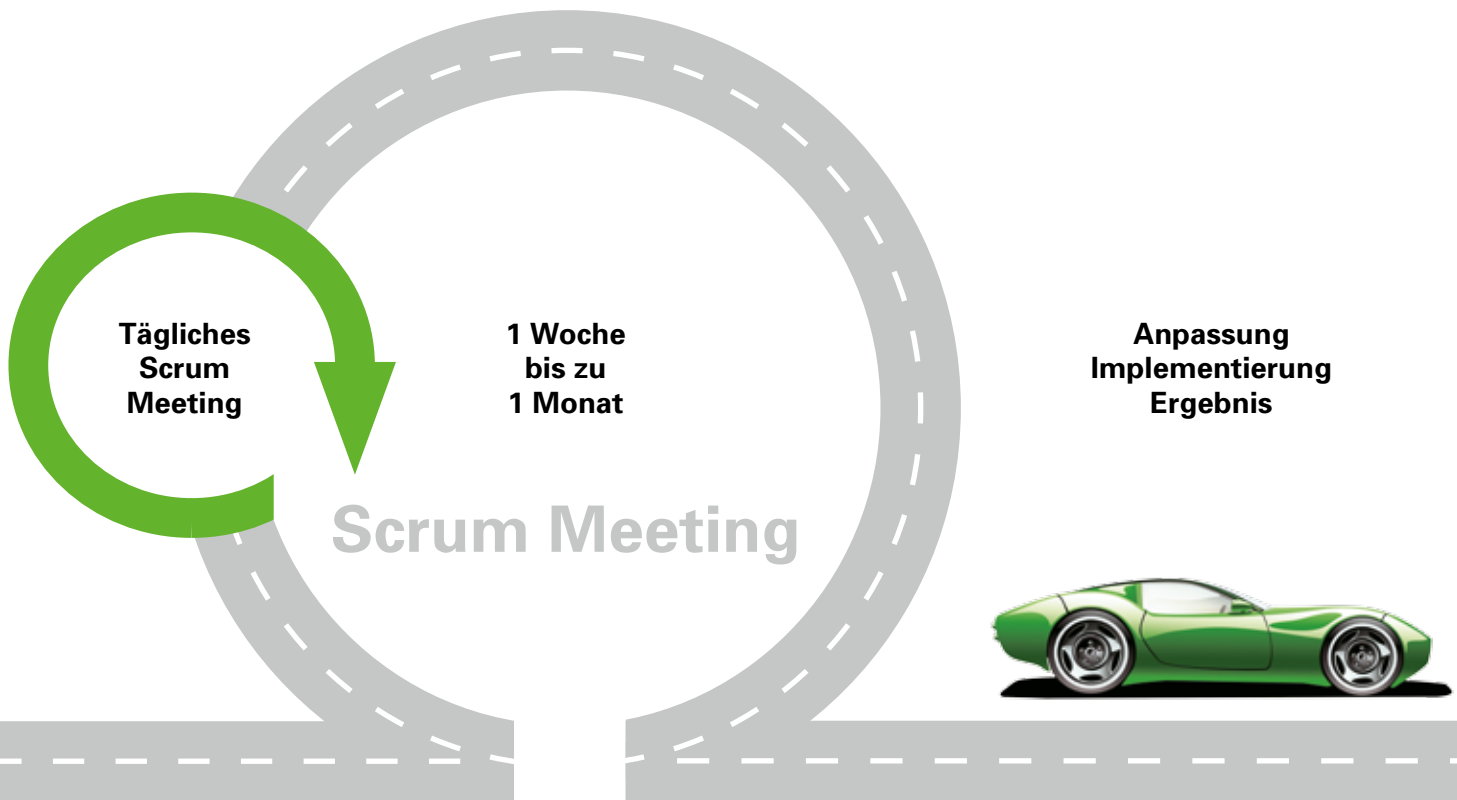
In Kooperation mit der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg entsteht das modernste KFZ-Verfahren Deutschlands. Durch das Vorgehensmodell nach „Scrum“ konnten bis Dezember 2010 bereits 60 % der fachlichen Anforderungen spezifiziert werden.

Einer der Hauptaugenmerke lag in einer neuen Betrachtung der Benutzerführung. Durch diese Optimierung besticht das Verfahren durch sehr kurze Einarbeitungszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unterstützt diese zusätzlich mit einer intelligenten Hilfe.

Das Verfahren wird in zwei Ausprägungen angeboten werden:

- Power User Schalter
- Bürgerbüro

Diese beiden Ausprägungen unterstützen voll umfänglich Cloud-Computing und können von den Kunden direkt aus der „Wolke“ genutzt werden. Dies bedeutet, dass die Zulassungsstelle das optimale für sie passende Angebot individuell nutzen kann ohne Installationen durchführen zu müssen. Neben dem Thema SaaS (Software as a Service) sind bereits heute schon Zukunftsthemen wie zum Beispiel diakritische Zeichen aus dem Bereich Einwohnerwesen definiert und abgedeckt.



Selbstverständlich sind alle fachlichen Themen durch die Software berücksichtigt und umgesetzt – z. B.

- > Schnittstelle zu TÜV/Dekra
- > Erweiterte Wunschkennzeichenfunktion
- > Phonetische Suche
- > Vollständige Historisierung der Daten
- > Flexible Auswertungsmöglichkeiten
- > Schnittstellen zu Finanzsystemen
- > Optimierte Informations- und Vorgangsübersicht
- > Prüfung von Steuer-Rückständen
- > Schnittstelle zum Meldeportal MeldIT
- > Vollständige Mandantisierung
- > etc.

Historisch gewachsene Geschäftsprozesse werden in Zusammenarbeit mit Anwendern (z. Zt. Zulassungsstellen Landkreis Diepholz, Landkreis Harz, Landkreis Osterholz) analysiert und optimiert. Diese Berater unterstützen das Projekt in seinem Vorhaben. Beste Voraussetzung für das Projektziel:

» Wir entwickeln die beste und innovativste Komplettlösung Deutschlands für KFZ-Zulassungsbehörden, welche intuitiv bedienbare medienbruchfreie Prozesse bereitstellt und eine sichere komfortable Bearbeitung aller Verwaltungsvorgänge der Zulassungsbehörden ermöglicht. «

Das erste Treffen der bisher im Projekt eingebundenen Anwender mit den Analysten und Entwicklern der Datenzentrale Baden-Württemberg fand bereits statt. Bei diesem Treffen wurde die Anwendung vorgestellt und das Funktionsprinzip erläutert. Dieser „erste Wurf“ fand bei den Fachleuten breite Zustimmung.

Sollten Sie weitere Informationen zu „KM-Fahrzeug“ wünschen oder an einer Präsentation interessiert sein, freuen wir uns über Ihre Nachricht. Gerne können Sie sich bei unserem KFZ-Newsletter anmelden. Sie werden über aktuelle Entwicklungen im Zulassungswesen informiert und erhalten Informationen über den aktuellen Projektstand. <http://www.dzBW.de/kmf>

DZ-Kommunalmaster® WaffePlus

Ein großes Kaliber: Die Umsetzung der neuen EU-Waffenrichtlinie

Beispielhaft für die hier beschriebenen technologischen Ausprägungen der Verfahrensentwicklungen der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) wird im Folgenden auf die Neuentwicklung „DZ-Kommunalmaster® WaffePlus“ eingegangen, das integrierte Fachverfahren für Waffen- und Sprengstoff-, Jagd- und Fischereiwesen:

Die 2008 geänderte EU-Waffenrichtlinie hat für die Waffenbehörden in der Europäischen Union eine völlig neue Situation geschaffen.

Die EU-Mitgliedstaaten müssen dafür Sorge tragen, dass spätestens bis zum 31. Dezember 2014 ein Nationales Waffenregister aufgebaut und tagesaktuell fortgeschrieben wird. In diesem Register werden Typ, Modell, Fabrikat, Kaliber und Seriennummer von Waffen für mindestens 20 Jahre sowie Namen und Anschriften des Lieferanten und der Person, die die Waffe erwirbt oder besitzt, registriert und gespeichert. Den zuständigen Sicherheitsbehörden ist der Zugang zum Waffenregister zu gewähren.

Die Umsetzung in Deutschland:

Die Innenministerkonferenz hat 2009 die Errichtung eines Nationalen Waffenregisters (NWR) beschlossen und sich dafür ausgesprochen, das NWR als prioritäres Projekt im Aktionsplan Deutschland-Online (DOL) durchzuführen.

Die neuen Vorschriften der EU-Waffenrichtlinie sind zwischenzeitlich in nationales Recht umgesetzt. Danach ist das NWR bis zum 31. Dezember 2012 zu errichten.

Wesentliche Ziele des DOL-Vorhabens „Nationales Waffenregister“:

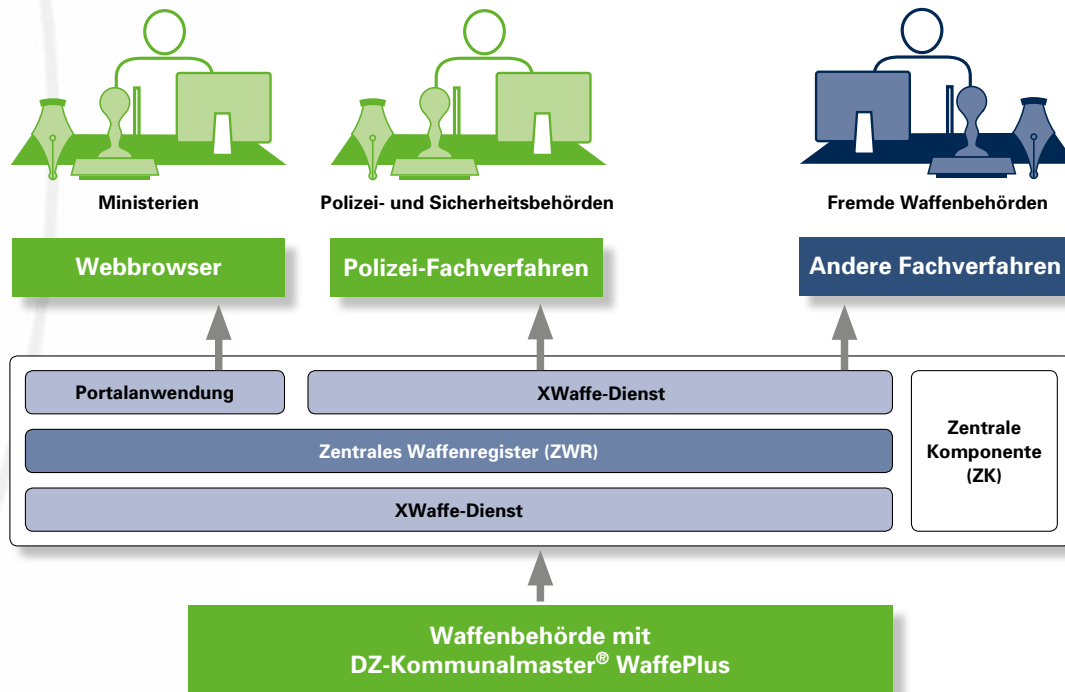
- Zentralisierung aller wesentlichen Informationen im deutschen Waffenwesen in einem nationalen, computer-gestützten System
- Beitrag zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit in Deutschland
- Erfüllung europäischer Vorgaben
- Effiziente Prozessketten von den Herstellern und Händlern über die Beschussämter bis hin zu den Waffenbesitzern und den örtlichen Waffenbehörden sowie zum Nationalen Register

- Harmonisierung, Standardisierung und stärkere Automatisierung
- Medienbruchfreie, nutzerfreundliche, elektronische Prozesse für Bürger und Vereine sowie für Hersteller und Gewerbe (Nachweis von Erwerb, An-, Ab- und Ummeldung)

Für die Datenübernahmen und den Datenaustausch wird der gemeinsame Standard XWaffe genutzt. Die Kommunikation mit dem NWR erfolgt über sichere Behörden-netze unter Nutzung von Deutschland-Online Infrastruktur (DOI).

Außerdem wird das Kommunikationsprotokoll OSCI-Transport 2.0 verbindlich vorgeschrieben werden.

Es ist somit zwingend erforderlich, dass ausnahmslos jede Waffenbehörde zum Zeitpunkt der Betriebsaufnahme (1.1.2013) des Zentralen Waffenregisters (ZWR), über ein Fachverfahren zur Datenhaltung und Datenübermittlung an die Zentrale Komponente über die vorgesehene Schnittstelle verfügt.



Die DZBW realisiert daher ein hochintegriertes IT-Verfahren für Waffenverwaltungsbehörden, das in allen Belangen optimal auf die Anforderungen einer umfassenden und reibungslosen Kommunikation mit dem NWR abgestimmt sein wird.

Diese integrierte Lösung der DZBW „DZ-Kommunalmaster® WaffePlus“ hat folgende wesentliche Leistungsmerkmale:

- Verwendung modernster Web-Technologie
- Verfahren ist für Rechenzentrums-Betrieb ausgelegt (aber auch autonom einsetzbar)
- Mandantenfähigkeit
- Hochverfügbarkeit
- Verfahren kann als Cloud-Lösung betrieben werden
 - Keine lokale Installation erforderlich (außer Webbrowser)
 - Anwendung kommt als „SaaS“ (Software as a Service) aus dem Netz
 - Zentrale Bereitstellung und Verwaltung der Zertifikate

- Konsequente Verwendung NWR-konformer Datenstrukturen und Datenkataloge
- Umfassende Unterstützung aller vom NWR angebotenen Dienste
- Ständige synchrone Aktualisierung des NWR „im Hintergrund“ (keine benutzerseitigen Aktionen erforderlich)
- Intuitive Benutzeroberfläche
- Frei konfigurierbares Rollen- und Rechtekonzept
- Erzeugung aller amtlichen Formulare
- Umfassende Abfrage- und Auswertemöglichkeiten
- Vollintegration des Online-Sicherheitsüberprüfungsverfahrens „OSIP-BW“ (einheitliche Plattform der baden-württembergischen Sicherheitsbehörden für Personenüberprüfungen)
 - Medienbruchfreie elektronische Abwicklung von Sicherheitsüberprüfungsverfahren „per Mausclick“
 - Automatisierte Verarbeitung der Rückmeldungen
- Integriertes Datenübermittlungsverfahren der Waffenbehörden an Meldebehörden und der Meldebehörden an Waffenbehörden (§44 WaffG)

- Unterstützung aller waffenrechtlicher Erlaubnisarten
- Datenübernahme aus Altverfahren
- Zusatzmodule für artverwandte Aufgabenbereiche (Sprengstoff, Jagd, Fischerei, Kampfhunde)
- Anbindung von eBürgerdiensten und elektronischem Identitätsmanagement für Bürger, Waffenhersteller und Waffenhändler

Der vielzitierte Paradigmenwechsel durch Cloud-Computing wird vor dem öffentlichen Sektor nicht Halt machen. Bei der digitalen Kommunikation zwischen Behörden und mit dem Bürger werden die Vorteile des Cloud-Computing besonders zum Tragen kommen.

DZ-Kommunalmaster® Smart

Maßgeschneiderte Lösungen für Haushalts- und Rechnungswesen



KM Smart

DZ-Kommunalmaster®/Doppik Customizing & Module



Eigenentwicklung &



Um die Anforderungen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens abzudecken, wurde von der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) der DZ-Kommunalmaster® Doppik (DZ-KM Doppik) entwickelt und im Datenverarbeitungsverbund (DVV) in Baden-Württemberg sowie bei zahlreichen Kunden in Deutschland eingeführt.

Die Einführungsprojekte DZ-KM Doppik der letzten 3 Jahre haben aufgezeigt, dass insbesondere kleinere Kunden mit der Flexibilität, Individualität und der damit verbundenen Vielfältigkeit der angebotenen Finanzlösung häufig überfordert sind. Viele dieser Kunden wünschen sich eine stärkere Standardisierung und Vereinfachung.

Die Erweiterungen der SAP-Standardsoftware und die gezielten Entwicklungen durch den DZ-KM Doppik dienen in erster Linie dazu, die Funktionalitäten zu erweitern und die SAP-Software für die Zielgruppe Kommune in einem Rechenzentrumsbetrieb wirtschaftlich und effektiv betreiben zu können. Die Oberfläche und Benutzerführung orientiert sich an der von SAP zur Verfügung gestellten Client-Software SAP-GUI.

Mitte 2010 wurde mit ausgewählten Kommunen des Verbandsgebiets Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) eine Arbeitsgruppe gegründet. Die Arbeitsgruppe hat verschiedene Lösungen zur kommunalen Doppik evaluiert, insbesondere mit dem Fokus des Angebots für mittlere und kleinere Kommunen.

Deshalb wurde im Herbst 2010 von Seiten der DZBW ein Prototyp KM-Smart entwickelt; die Entwicklung wurde mit Endkunden und der Arbeitsgruppe Kunden KIVBF verifiziert.

Der Prototyp und die Konzeption KM-Smart wurden am 8. 2. 2011 dem Fachbeirat Kommunale Finanzverwaltung KIVBF vorgestellt. Unter Abwägung aller Prämissen und Rahmenbedingungen haben sich die Mitglieder des Fachbeirats für eine Beibehaltung der Einprodukt-Strategie mit dem KM-Doppik/Smart ausgesprochen. Dem Fachbeirat war es besonders wichtig, dass die Lösung KM-Smart bis 30. 11. 2011 einsatzfertig bereitgestellt wird. Grundprämisse der Entwicklung KM-Smart ist es, eine zusätzliche Prozessschicht für den DZ-KM Doppik zu entwickeln. Damit ist der Investitionsschutz der seitherigen Entwicklungen des DZ-KM Doppik gewährleistet; die zusätzliche Prozessschicht kann alleinig, ergänzend oder in gemischten Szenarien mit der SAP-GUI ohne Änderung der Businesslogik eingesetzt werden.

Um die unterschiedlichen Zielgruppen des DZ-KM Doppik mit der „Smart-Funktionalität“ bedienen zu können, werden 2 Modelle angeboten: KM-SmartGrundmodell und das KM-SmartKomponentenmodell

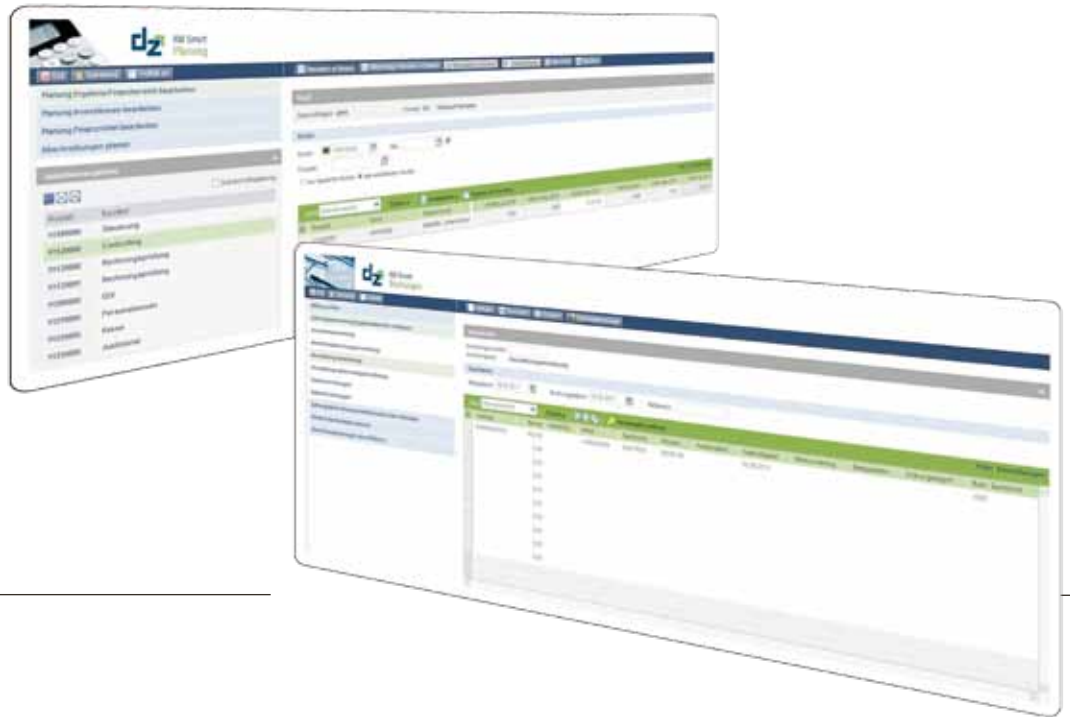
KM-SmartGrundmodell

Hauptaugenmerk der Smart-Entwicklung bildet die Zielgruppe mittlere und kleinere Kommunen – Definition < 20 Tsd. Einwohner. Dabei müssen neben der Anwendung insbesondere noch nachstehende Aspekte berücksichtigt werden:

- Template mit speziellem Stammdatenkonzept und voreingestellten Geschäftsprozessen.
- Vorgabe eines produktorientierten Haushalts (Dies gilt für die Eingabe der Daten und den gesetzlichen Haushaltsdruck; ein erweitertes Reporting über alternative Sichten ist möglich).
- Konzept eines internen Rechnungswesens; anforderungsgerechte Ausprägung der Kostenstellenrechnung (Es werden nur eingeschränkte Funktionalitäten der SAP-Kostenrechnung angeboten).
- Jährlicher Wechsel zum Modell DZ-KM Doppik ist komplett oder in Einzelkomponenten möglich (Ein Wechsel kann grundsätzlich nur mit Beratungsunterstützung angeboten werden).



Komponenten



Folgende Komponenten sind im Grundmodell enthalten:

➤ **KM-PlanungsManagerSmart**

Das zentrale Planungs-Werkzeug ist speziell auf die Stammdatenstrukturen und Anforderungen der Kunden < 20 Tsd. ausgerichtet.

➤ **KM-StammdatenManagerSmart**

Auf Basis des KM-Smart Stammdatenmodells können mit dem KM-Stammdaten-Manager prozessorientiert neue Stammdaten angelegt werden. Dabei werden automatisch Folgeprozesse und -einstellungen im System vorgenommen.

➤ **KM-BuchungsManager**

Das zentrale Buchungsportal im KM-Smart deckt grundsätzlich alle Buchungsprozesse der Kommunalen Doppik ab. Voraussetzung ist, dass der Bereich Ausgaben/Verbindlichkeiten mit der Geschäftspartner-Buchhaltung PSCD abgedeckt wird.

➤ **KM-AuswerteManager**

Als übergreifende Oberfläche zu den bestehenden DZ-KM Auswerte-Tools (u.a. KM-InfoManager, KM-FormatiertesReporting und den einzelnen SAP-Standardberichten) deckt diese Lösung alle relevanten Auswertungen der Zielgruppe < 20 Tsd. Einwohner ab.

➤ **KM-ErweiterungenSmart**

Hier handelt es sich um eine Sammlung weiterer Smart-Bausteine z. B. aus dem Bereich des Zahlungsverkehrs, des Forderungsmanagements und der Geschäftspartner/Kontensicht.

KM-SmartKomponenten-Modell

Die KM-Smart-Entwicklung erfolgt wie oben beschrieben auf Basis von gekapselten Komponenten; diese können bei KM-Bestandskunden und SAP-Bestandskunden ergänzend zu der bestehenden DZ-KM Anwendung der DZBW oder SAP-Standard-Lösung „Integrierte Doppik der SAP“ betrieben werden. Folgende Komponenten können für diese Klientel einzeln angeboten werden:

➤ **KM-PlanungsManager**

Der KM-PlanungsManager wird um einzelne Funktionalitäten aus der KM-Smart-Entwicklung ergänzt und kann damit als zentrales Planungs-Tool im SAP-Umfeld eingesetzt werden.

➤ **KM-BuchungsManager**

Das zentrale Buchungsportal aus KM-Smart kann für alle DZ-KM- und SAP-Bestandskunden eingesetzt werden. Voraussetzung ist, dass der Bereich Ausgaben/Verbindlichkeiten mit der Geschäftspartner-Buchhaltung PSCD abgedeckt wird.

➤ **KM-AuswerteManager**

Als übergreifende Oberfläche zu den bestehenden DZ-KM Auswerte-Tools (u.a. KM-InfoManager, KM-FormatiertesReporting) und einzelnen SAP-Standardberichten kann diese Lösung für alle DZ-KM-Bestandskunden eingesetzt werden.

➤ **KM-ErweiterungenSmart**

Hier handelt es sich um eine Sammlung weiterer Smart-Bausteine z. B. aus dem Bereich des Zahlungsverkehrs, des Forderungsmanagements und der Geschäftspartner/Kontensicht. Ziel ist es, ab Mitte 2012 einzelne Komponenten herauszulösen und getrennt anzubieten.

Die Entwicklung KM-Smart wird für das Grundmodell 2011 pilotiert. Die Gesamtfunktionalität KM-Smart steht ab 05/2012 für den Produktivstart unter dem SAP-Release ERP 6.0 EHP5 zur Verfügung.

Die EU-DLR als Erfolgsmodell länderübergreifender, technischer Kooperationen

Kooperation erfolgreich, Perspektiven zukunftsweisend

Von Silke Abel, eGovernment-Büro
im Organisationsamt Stadt Nürnberg
Projektleiterin IT-Umsetzung EU-DLR



Das wesentliche Ziel der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) ist es, die bestehenden bürokratischen Hindernisse im Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU zu beseitigen und einen Einheitlichen Ansprechpartner (EAP) als Lotsen einzuführen. Der Zugang zum Dienstleistungsmarkt in allen Mitgliedstaaten, die Niederlassungsfreiheit, soll vereinfacht werden, um das grenzüberschreitende Angebot von Dienstleistungen in Europa zu fördern.

Eine Projektgruppe der Stadt Nürnberg, bestehend aus Mitgliedern des Amtes für Wirtschaft, dem eGovernment-Büro der Stadt Nürnberg, weiteren Dienststellen und unter Federführung des Bürgermeisteramts setzte sich zum Ziel, nicht nur Informationen bereitzustellen, sondern auch eine medienbruchfreie, elektronische Abwicklung erster Prozesse aus dem Ausland zu ermöglichen.

Die Projektgruppe gliederte sich in drei Teilprojekte:

1. Überprüfung und Anpassung der städtischen Normen und Verordnungen (Normenscreening),
2. Erhebung und Prüfung der relevanten Prozesse in den beteiligten Dienststellen und
3. IT-Umsetzung einer Workflowplattform zur elektronischen Abwicklung und Integration in ein Internetportal.

Infrastruktur-Evaluation, professionelle Partner und erfolgreiche Kooperationen:

Während die ersten beiden Teilprojekte stadintern erarbeitet werden konnten, ergab die Prüfung des technologischen Status Quo, dass für die Abwicklung der Anforderungen der EU-DLR keine entsprechende Infrastruktur vorhanden war.

eGovernment basiert bei der Stadt Nürnberg seit Jahren auf einem formularbasierten Ansatz, ergänzt um eigenentwickelte Plug-ins für elektronisches Bezahlen und Signieren. Darüber hinaus besteht seit 2005 eine Kooperation zwischen der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) und der Stadt Nürnberg zu strategischen eGovernment-Themen.

Zu jeder Zeit war die Zusammenarbeit offen und partnerschaftlich. Nürnberg profitierte – und profitiert immer noch – von dem größeren Entwicklungspotenzial seitens der DZBW. Diese wiederum profitiert von den speziell kommunalen Einsichten und Anforderungen, die in ihre Entwicklungen einfließen. Diskussionen und Workshops, getragen vom gegenseitigen fachlichen Respekt, haben in vielen Bereichen zu sinnvollen Weiterentwicklungen geführt. Ausgehend von diesem positiven Hintergrund lag es nahe, die in Nürnberg vorhandenen Strukturen sinnvoll durch Produkte der DZBW zu erweitern. Die von der DZBW beschaffte Plattform (EU-DLR online) bindet alle beteiligten Stellen ein und ermöglicht die medienbruchfreie, aufgaben- und ämterübergreifende Zusammenarbeit zwischen Antragsteller, EAP und den zuständigen Stellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung.

Aus Nürnberger Sicht kann diese positive Zusammenarbeit auch in Zukunft nur erfolgversprechend sein – wir freuen uns darauf.



Franz-Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Wolfgang Köhler, Berufsm. Stadtrat und Referent für allgemeine Verwaltung. (v.l.n.r.)

Eine aufgabenorientierte Benutzerführung hilft dem Antragsteller, die notwendigen Dokumente und Formulare zu erbringen. Bei komplexen Formblättern unterstützen Assistenten optional. Die Antragsdaten werden dem EAP als Vorgang in EU-DLR online zur Verfügung gestellt. Informiert wird er darüber per E-Mail. Der EAP in Nürnberg prüft die Unterlagen auf Vollständigkeit, kann fehlende Unterlagen nachfordern oder Rückfragen stellen. Nach Freigabe durch den EAP wird die zuständige Stelle informiert und ihr Genehmigungsprozess gestartet. Die Ergebnisse der zuständigen Stelle (Bescheide, Gestattungen, Quittungen etc.) werden auf EU-DLR online zur Verfügung gestellt. Der Antragsteller wird darüber informiert und kann sich die Unterlagen herunterladen. EU-DLR online steuert heute den Gesamttablauf bis zur abschließenden Genehmigung, überwacht Fristen und sorgt für die Information aller Beteiligten im Gesamtprozess. Seit Anfang 2010 steht ebenfalls ein Internetportal und - im Amt für Wirtschaft - ein EAP für Dienstleistungserbringer zur Verfügung. Über diesen können alle Informationen eingeholt sowie alle Verfahren und Formalitäten abgewickelt werden, die für die Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit notwendig sind. Er fungiert als Mittler zwischen Antragsteller und beteiligten Stellen, verfolgt die Bearbeitung von Anträgen und stellt zusätzlich Informationen allgemeiner Art zur Verfügung.

Die Stadt Nürnberg ist in Bayern derzeit die einzige Kommune, die medienbruchfreie Prozesse über eine solche sichere Workflowkomponente abwickeln kann. Deshalb wurde sie im Juni 2010 von Staatssekretär Pschierer mit dem eGovernment-Löwen des Landes Bayern ausgezeichnet.

„Das Projekt EU-Dienstleistungsrichtlinie Online erhöht die Dienstleistungsqualität der Verwaltung und führt zu einer effizienten und sicheren elektronischen Kommunikation zwischen verschiedenen Beteiligten“, so Pschierer. In der Laudatio wird begründet, dass: „... diese innovative Anwendung ebenenübergreifend, [...] den Bürger mit den unterschiedlichsten Ansprechpartnern bei Kommunen und Kammern bei der Durchführung von Verwaltungsvorgängen optimal unterstützt, also den Dialog von Verwaltung, Wirtschaft und Kommunen sehr gut umsetzt und aus diesem Grund mit dem 1. Preis ausgezeichnet wird.“

Neue Erkenntnisse und zukunftsweisende Perspektiven:

Die Umsetzung und die Weiterentwicklung haben auch neue Diskussionen und gedankliche Ansätze hervorgebracht, die zu interessanten Entwicklungen auf ganz anderen Gebieten führen.

Neue Anforderungen wie der neue Personalausweis (nPA), Partizipationsmöglichkeiten, Soziale Netzwerke, weitere Lebenslagen für Bürger und Unternehmen, all dies muss in eine sichere und nutzerorientierte Umgebung eingebunden sein. Auch die Usability der immer größer werdenden Angebote und Möglichkeiten muss für Nutzer handhabbar und überschaubar bleiben. Die workflowbasierte Sicht- und Arbeitsweise in einer sicheren Kommunikationsumgebung bietet hierfür immense Einsatzmöglichkeiten. Darüber hinaus ist der Ansatz eines „EAPs“ zielführend und kann/sollte breiter eingesetzt werden.

Die Ergebnisse stadtinterner Diskussionen haben auch dazu geführt, dass im Rahmen der „Serviceoffensive 2010 – Bürgerfreundliche Verwaltung“ die Online-Dienste der Stadt Nürnberg in einen eGovernment-Internetauftritt münden. Dort werden alle Online-Dienste zusammengeführt und durch verschiedene Möglichkeiten (offene Suche, A-Z-Register, Themengebiete) zugänglich gemacht. In der Ausbaustufe 2011 werden darüber hinaus eGovernment-Informationen redaktionell zur Verfügung stehen.

Perspektivisch soll daraus ein Bürgerportal entstehen, bei dem sich Nutzerinnen und Nutzer registrieren, und – je nach Sicherheitsniveau ihrer Registrierung – unterschiedliche Anwendungen nutzen können. Profildaten können entweder aus dem nPA ausgelesen oder manuell eingegeben werden, eine Übernahme für die Vorbelegung von Formularen befindet sich derzeit in der Prüfung.

Es entstehen immer neue Erkenntnisse und Anforderungen im Bereich des eGovernment und die Stadt Nürnberg will und wird weiterhin das Thema als strategischen Ansatz zu mehr Service und Verwaltungsmodernisierung verfolgen.

Daher werden diese Anforderungen und Ansätze im Rahmen der Kooperation mit der DZBW ebenso intensiv diskutiert, wie die Weiterentwicklungen bzw. Neuentwicklungen aus Baden-Württemberg. Nicht immer sind die Vorstellungen deckungsgleich, doch bisher wurden immer Kompromisse oder Konsense gefunden. Aus Nürnberger Sicht kann diese positive Zusammenarbeit auch in Zukunft nur erfolgversprechend sein – wir freuen uns darauf.

Berichte aus Dresden, Herne, Saarbrücken und Mannheim

Kommunale Doppik Projektberichte

Sachsen: Landeshauptstadt Dresden

Die sächsische Landeshauptstadt Dresden (521.000 Einwohner) konnte zum 1. 1. 2011 erfolgreich den kompletten Produktivbetrieb mit dem DZ-Kommunalmaster® Doppik aufnehmen. Bei einem flächendeckenden, stadtweiten Echtbetrieb dieser Größenordnung war es für die Verantwortlichen der Stadt enorm wichtig, sich mit dem DZ-Kommunalmaster® Doppik auf ein vielfach erprobtes und ausgereiftes Lösungsportfolio verlassen zu können. So konnte bereits im Mai 2010 der Meilenstein „Haushaltsplanung“ produktiv gehen. Damit war ein wichtiger Schritt zum erfolgreichen Produktivbetrieb der Gesamtstadt erreicht. Der Haushaltsplandruck wurde vor allem über eine Eigenentwicklung der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW), die Komponente „KM-FormatiertesReporting“, sichergestellt. Speziell für den Druck des Haushaltsplans, der bei einer Landeshauptstadt wie Dresden schnell über tausend Seiten stark werden kann, bietet die DZBW mit KM-Formatiertes-Reporting eine individuell anpassbare und hoch flexible 1-Knopf-Lösung.

Eine eminent wichtige Rolle spielt bei einem Projekt dieser Größenordnung auch die Thematik Migration und Schnittstellenprogrammierung; sie macht einen wesentlichen Teil des Gesamtprojektes aus. Hier griff die Stadt auf eine Vielzahl selbst entwickelter Programme der DZBW zurück. Hilfreiche Dienste konnte insbesondere die Komponente „KM-SchnittstellenPortal“ leisten. Die Stadt war damit in der Lage, alle wesentlichen kommunalen Vorverfahren anzubinden. KM-SchnittstellenPortal ist speziell für diese Herausforderungen einer Großstadt konzipiert und gewährleistet den sicheren Datenimport und -export von Fremdverfahren. Ein integriertes Fehlertabellenhandling auf Basis einer Cockpit-Steuerung gibt dem Anwender

dazu ein leistungsstarkes Prüftool an die Hand. Alle über Nacht verarbeiteten Datenmengen werden aufbereitet und unter genauer Protokollierung bis zum nächsten Morgen bereitgestellt. Mit dem integrierten Fehlertabellenhandling werden die Daten dann korrigiert und zur erneuten Verarbeitung bereit gemacht.

Nordrhein-Westfalen: Stadt Herne

Nachdem die Stadt Herne (knapp 170.000 Einwohner) bereits zum Januar 2009 erfolgreich mit dem DZ-Kommunalmaster® Doppik produktiv ging, wurde das Vertragsverhältnis zwischen der Stadt und der DZBW intensiviert. Herne hat dabei das umfangreiche Pflege- und Supportangebot der DZBW überzeugt. Zum Ausdruck kam dies folgerichtig in einem zwischen beiden Partnern geschlossenen Premium-Support-Vertrag. Erstmals bietet die DZBW dieses Vertragsmodell an und entlastet die Kommune dadurch in der täglichen Betreuung und Pflege des Systems erheblich. Die DZBW steht dabei – über die im Rahmen des Supports anstehenden Aufgaben hinaus – mit weiteren Dienstleistungen bei z. B. Releasewechseln, Transportaufträgen oder Patches zur Verfügung. Damit ist für die Stadt Herne eine zeitnahe und nachhaltige Systembetreuung sichergestellt. So konnte ein zufriedener Kunde auf den 2010er Kundeninformationstagen der DZBW in Fulda einen viel beachteten Vortrag halten, der sich mit genau diesen Entscheidungskriterien beschäftigte, die letztendlich auch zur Einführung des DZ-Kommunalmaster® Doppik bei der Stadt Herne geführt haben.

Zudem wurde die Geschäftspartnerbeziehung zur rku.it, dem Herner IT-Spezialisten und Anbieter von RZ-Leistungen, gestärkt und intensiviert.

Saarland: Landeshauptstadt Saarbrücken

Die Landeshauptstadt Saarbrücken (176.000 Einwohner) hat ihr SAP-System um die Komponente KM-PlanungsManager erweitert. Damit steht ein Tool für die dezentrale webbasierte Mittelanmeldung zur Haushaltsplanung bereit. KM-PlanungsManager wurde in ein bereits bestehendes SAP-System integriert.

Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN)

In 2010 wurde das Gemeinschaftsprojekt im Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) konsequent weitergeführt und verstetigt. So konnten – zu den bereits in den Vorjahren produktiv gegangenen Kommunen – die Kommunen Moers (108.000 Einwohner), Wesel (61.000 Einwohner) und Krefeld (235.000 Einwohner) in den Produktivbetrieb übergehen.

Baden-Württemberg: Mannheim

Auch die Stadt Mannheim (310.000 Einwohner) setzt als zweitgrößte Stadt in Baden-Württemberg nun konsequent auf den DZ-Kommunalmaster® Doppik. In 2010 wurden dafür die Projektarbeiten aufgenommen. Bisher hatte die Stadt Mannheim im kamerateil Umfeld eine eigen eingeführte SAP-Lösung im Einsatz, ergänzt durch einige Zusatzentwicklungen der DZBW. Bei der Umstellung auf die Doppik kommen der Stadt nun Umstellungsprozeduren und Entwicklungs-Tools zu Gute, die von der DZBW als Hersteller im SAP-Umfeld vorgehalten werden. So wird es der Projektleitung der Stadt Mannheim ermöglicht, die Einführung der doppelischen Lösung in weitgehend eigenständiger Regie durchzuführen, fachlich und technisch durch DZBW und KIVBF (Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken) im Coaching-Ansatz begleitet.

Zahlreiche Kontakte, wertvolle Gespräche und prominenter Besuch

Datenzentrale Baden-Württemberg auf der CeBIT 2011

In der Woche vom 1. bis 5. März 2011 präsentierte die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) ihr Produkt- und Dienstleistungsportfolio im Public Sector Parc auf dem Messegelände Hannover.

Gezeigt wurden die bewährten Kommunalmaster®-Produkte auf Basis von SAP® ERP für das moderne Personal- und Finanzmanagement öffentlicher Verwaltungen, die umfangreiche eGovernment-Suite und moderne Fachverfahren im Ordnungsrecht. Auch von den Neuentwicklungen konnten sich die Besucher einen ersten Eindruck verschaffen:

- DZ-Kommunalmaster® Einwohner
- DZ-Kommunalmaster® Fahrzeug
- DZ-Kommunalmaster® WaffePlus

Kunden und Partner der DZBW nutzten die Gelegenheit, Kontakte zu vertiefen und die weitere Zusammenarbeit zu planen.

Anlässlich seines Rundgangs auf dem Gemeinschaftsstand Baden-Württemberg besuchte der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus den Präsentationsplatz der DZBW und informierte sich über aktuelle Themen, z. B. Cloud-Computing. Dafür bietet die DZBW „Software as a Service“ (SaaS). Das heißt: kein Installationsaufwand beim Endbenutzer. In einer Trusted Cloud mit Betriebsrechenzentren als Partner sind die Verfahren sicher nutzbar.

Ein weiteres Highlight: der Besuch von Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan. Das Interesse der Bundesbildungsministerin galt insbesondere dem DV-Verfahren BAföG. Diskutiert wurden die Neuausrichtung von BAföG mit den Verbundländern und die Integration des neuen Personalausweises (nPA) für die Antragsteller. Auch Staatssekretär Richard Drautz kam zum Standrundgang und interessierte sich für die Softwareprodukte der DZBW.

Der Betriebsausschuss des KDRS (Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart) informierte sich am 3.3.2011 an den Präsentationsplätzen der DZBW und des KDRS über die Lösungen des Datenverarbeitungsverbundes.

Wie in jedem Jahr besuchte auch eine Delegation der KIRU (Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm) die DZBW auf dem Messestand. Vorstandsvorsitzender Karl Tramer gab einen Überblick rund um die Geschäftstätigkeit der DZBW.

In entspannter Atmosphäre blieb dann noch Zeit für Gespräche und Erfahrungsaustausch.

Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan informiert sich über das DV-Verfahren zu BAföG.



Foto: Peter Schmalfeldt



40 Jahre BAföG



Bereits im August 1971 wurde das Bundesausbildungsförderungsgesetz, besser bekannt als BAföG, verabschiedet, welches die finanzielle Unterstützung der Schüler und Studenten regelt. Somit ist es seit 40 Jahren Teil der Bildungslandschaft in Deutschland und wurde letztmals durch das 23. Änderungsgesetz vom 24. 10. 2010 geändert.

Um eine Lösung für die Bearbeitung der hohen Fallzahlen zu erarbeiten, war die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) bereits im Jahre 1975 beim Start der Neuprogrammierung des BAföG-DV-Verfahrens im Rahmen eines länderübergreifenden DV-Verbundes beteiligt. Dieses neue DV-Verfahren konnte nach einer Zeitspanne von nur 2 Jahren zum 1. Januar 1977 produktiv gesetzt werden. Seither pflegt die DZBW das DV-Verfahren im Auftrag des Landes Baden-Württemberg nicht nur, sondern betreut auch die Ämter für Ausbildungsförderung bei den Studentenwerken und den Kommunen. Außerdem gehört die Gewährleistung einer reibungslosen Produktion beim Landeszentrum für Datenverarbeitung (LZfD) zu den Zuständigkeiten der DZBW. 1981 wurde der DZBW vom damals zuständigen Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (heute BMBWF) auch die Aufgabe übertragen, die Bundesteile des Verfahrens (Be-, Rück- und Abrechnung) zu pflegen und weiter zu entwickeln. Mit dieser Erweiterung des Verfahrens konnte eine bundeseinheitliche Berechnung des BAföG ab diesem Zeitpunkt sichergestellt werden.

20 Jahre BAföG-DV in den neuen Ländern

Als sich das Bundesgebiet um die neuen Länder erweiterte, erhielt die DZBW im Juli 1990 vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft den Auftrag, das DV-Verfahren des BAföG-Verbundes mit Beteiligung der Verbundländer bis Anfang 1991 in den neuen Bundesländern zu implementieren. Auf Grundlage des Einigungsvertrages, sollte

erreicht werden, dass ab 1.4.1991 die Leistungen nach dem BAföG weiterhin bundesweit über dieses DV-Verfahren ausgezahlt werden können. Hierfür waren umfangreiche Erweiterungen und Anpassungen nötig. Angefangen mit der Vereinheitlichung der Postleitzahlen bis hin zur Frage, ob beleglose Überweisungen möglich sind, mussten viele Fragen in kurzer Zeit geklärt und anschließend umgesetzt werden. Auch eine potenzielle „Grenzüberschreitung“, also den Wechsel von Auszubildenden von einem alten in ein neues Bundesland (oder andersherum), musste bedacht werden.

Durch eine Übergangsregelung, die von Januar bis März 1991 galt, konnten drei Monate Zeit für die Realisierung dieses Ziels gewonnen werden, die dazu genutzt wurden, diverse gesetzliche Änderungen sowie die veränderten Gegebenheiten im Verfahren umzusetzen. Bereits im Herbst 1990 wurde in den Datenverarbeitungszentren Erfurt, Dresden und Schwerin das BAföG-Verfahren installiert. Diese Datenverarbeitungszentren waren zu der Zeit die einzigen, die in der Lage waren, die erforderlichen Rechnerkapazitäten zur Verfügung zu stellen sowie die Vor- und Nachbearbeitung der Fälle zu gewährleisten und somit der Prämisse nachzukommen, dass die Daten der neuen Länder in eben diesen verarbeitet werden sollten. Die DZBW war in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur auf Entwicklerseite gefragt, sondern war auch maßgeblich an den DV-Schulungen der Sachbearbeiter beteiligt, um die späteren Anwender mit dem Verfahren vertraut zu machen und sie für die Produktivsetzung vorzubereiten. Im ersten Quartal 1991 erfolgte daraufhin die formelle Freigabe durch die Vertreter der Länder. So konnte nach kleineren Anlaufschwierigkeiten im April 1991 die erste Auszahlung mit gut 100.000 Fällen geleistet werden. Im September desselben Jahres wurden über das Verfahren bereits knapp 150.000 Fälle in den neuen Bundesländern abgewickelt.

Die Einführung und der Einsatz des DV-Verfahrens BAföG wurde aufgrund des engagierten Einsatzes aller beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den neuen und alten Ländern erfolgreich und zeitgerecht durchgeführt. Durch eine konzertierte Aktion ist es gelungen, das BAföG, das im August 2011 seinen 40. Geburtstag feiert, als erstes Leistungsverfahren in den neuen Ländern flächendeckend zum 1.4.1991 einzuführen.

Aktuelles

Im Auftrag des BMBF und der im Verbund organisierten Bundesländer wurde durch die DZBW das Konzept für ein neues BAföG21 als neues Hauptverfahren erstellt. In diesem Projekt hat die DZBW die Fertigstellung und die Pflege des Hauptverfahrens BAföG21 übernommen. Zwischenzeitlich wurde auch das Kernsystem für die Be-, Rück- und Abrechnung (BAföG KS) neu entwickelt. Ferner hat die DZBW die Gesamtintegration von Vorverfahren, Hauptverfahren und die Pflege sowie Anbindung des Verbund-Kassenverfahrens übernommen. Die DZBW aktualisiert derzeit die bis 2008 entwickelte Software für die eAntragstellung einschließlich des BAföG-Rechners (eAntrag BAföG).

Neben diesen Tätigkeiten im BAföG-Bereich ist die DZBW auch für die Aufgaben des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) zuständig. So werden hierfür die Hauptverfahrensteile der Be-, Rück- und Abrechnung im Auftrag des BMBF gepflegt und weiterentwickelt.

Für die zuständigen Ministerien in Baden-Württemberg (BAföG: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, AFBG: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft) werden alle DV-relevanten Aufgaben wahrgenommen. Diese umfassen Beratungsleistungen, Konzeptionserstellung, Softwareentwicklung, Pflege, Schulungen, Produktionsunterstützung und Betreuung der Anwender.

Kunden der Datenzentrale Baden-Württemberg

Zweckverbände für kommunale Datenverarbeitung in Baden-Württemberg mit über 1.000 angeschlossenen Landkreisen, Städten und Gemeinden

- Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF)
- Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS)
- Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)

Weitere kommunale oder Landesrechenzentren in Deutschland

- citeq, Münster
- Dataport, Hamburg, Altenholz
- Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen, Dresden
- ekom21, Gießen
- GISA, Halle
- Informatik-Betrieb Bielefeld (IBB)
- Informations- und Kommunikationsinstitut (IKS) der LHS Saarbrücken
- IT Consult, Halle
- ITEBO, Osnabrück
- ITK Rheinland, Neuss
- Kommunale Datenverarbeitungszentrale (KDVZ) Citkomm, Iserlohn
- Kommunale Datenzentrale (KDZ), Mainz
- Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
- Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), Kamp-Lintfort
- Lecos, Leipzig
- Regio IT, Aachen
- rku.it, Herne
- Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ), Erfurt
- Zentrale Datenverarbeitungsstelle für das Saarland (ZDV Saar)
- Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT), Bonn

Weitere Kommunen außerhalb des DV-Verbundes Baden-Württemberg

- Stadt Aachen
- Stadt Bielefeld
- Stadt Dortmund
- Landeshauptstadt Dresden
- Stadt Frankfurt a. M.
- Stadt Hagen
- Stadt Halle a. d. Saale
- Stadt Herne
- Stadt Leipzig
- Landeshauptstadt Mainz
- Stadt Münster
- Stadt Nürnberg
- Stadt Osnabrück
- Landratsamt Saale-Orla
- Stadt Saarbrücken
- Stadt Trier
- Stadt Wuppertal

Ministerien in Bund und Ländern

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn
- Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft
- Hochschulservicezentrum Baden-Württemberg
- Innenministerium Baden-Württemberg
- Justizministerium Baden-Württemberg
- Kultusministerium Sachsen-Anhalt
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
- Landesarchiv Baden-Württemberg
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg
- Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft Saarland
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz

- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
- Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg
- Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Ministerium für den Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
- Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg
- Ministerium für Wirtschaft Land Brandenburg
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Land Brandenburg
- Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
- Regierungspräsidium Stuttgart
- Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen Land Berlin
- Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Weitere Kunden

- Fernleitungsbetriebsgesellschaft, Bonn
- GEZ (Gebühreneinzugszentrale), Köln
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), Münster



Datenzentrale Baden-Württemberg
Anstalt des öffentlichen Rechts
Krailenshaldenstraße 44
70469 Stuttgart

Telefon 0711 8108-20
Telefax 0711 8108-21350
E-Mail info@dzbw.de

www.datenzentrale.de